

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag von E. Beckmann Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 281

Neuenbürg, Dienstag den 2. Dezember 1919.

77. Jahrgang.

## Deutschland.

**Stuttgart, 1. Dez.** Der Wahlkommissar für den Wahlkreis Württemberg-Hohenollern hat den Wahlausdruck zur Ermittlung der Entscheidung für die aus der Verfassungsgebenden Nationalversammlung ausgeschiedenen Abg. Adolf Grober und Eugen Holz, Justizminister, einberufen. Wie wir hören, entspricht es nicht den Tatsachen, daß Justizminister Holz sein Reichstagsmandat wiedererlangt hat, vielmehr nur den Posten als Schriftführer in einem Ausschuss, was in Berlin zu diesem Mißverständnis geführt hat.

**Koburg, 1. Dez.** Die Volksabstimmung in Koburg lehnte den Thüringischen Gemeinschaftsvertrag ab. 23 879 Stimmen waren für den Anschluß an Bayern, und nur 3027 Stimmen für die Thüringische Gemeinschaft. Der Anschluß an Bayern ist gesichert.

**Berlin, 1. Dez.** Entgegen allen amtlichen Dementis erhob sich in Börsenkreisen das Gerücht, die Reichsregierung plane vom 17. Dezember bis über Weihnachten hinaus die Verhängung einer zweiten Verkehrssperre. Industriellen Unternehmungen sei eine ausgedehnte Kohlenverförmung für die zweite Verkehrssperre zugesagt worden. Dieses Gerücht ist bekanntlich schon einmal aufgegeben und dementiert worden. Es wird also auch jetzt mit allem Vorbehalt wiederzugeben. (Schriftl.)

**Berlin, 30. Nov.** Von zuständiger Seite erfährt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß im Verlaufe eines Schriftwechsels zwischen England und Deutschland englischerseits zugesagt wurde, mit dem Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Indien anfangs Dezember zu beginnen. Es seien alle erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung des Transportes in humanitärer Hinsicht getroffen worden.

**Berlin, 29. Nov.** Kemei wurde aus Anlaß von Zusammenstößen zwischen Balkantruppen und Ententeoffizieren mit einem Bombardement bedroht. Die deutsche Regierung hat beim Obersten Rat in Paris bereits entsprechende Schritte eingeleitet.

**Hamburg, 29. Nov.** Nach der Sprengung einer Versammlung freigewerkschaftlicher Arbeiter durch einige hundert Vorordnungsleute im Sogebiet kam es zu Gewalttätigkeiten. Da mit Beschädigung der Betriebseinrichtungen und Gefährdung der Sicherheit des Personals gerechnet werden mußte, bleibt das Werk bis auf weiteres geschlossen.

## Kriegerwitwen und Reichsbeschäftigungszulage.

Kürzlich fand eine Versammlung von Kriegerwitwen im Rathhausvereinshaus in Stuttgart statt. Die Versammlung wurde geleitet von Stadtpfarrer Lamparter und sollte den Witwen Gelegenheit geben, sich über ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage auszusprechen und ihre Wünsche betreffend die vom Reich bewilligten Beschäftigungszulagen zu äußern. Aus der Besprechung ging hervor, daß in den Kreisen unserer Kriegerwitwen eine starke Erregung über den in Anbetracht der Notlage und der gegenwärtigen Leistung viel zu geringen Betrag der Beschäftigungszulage und die vorgezeichnete Art der Verteilung herrsche. Während die württembergische Regierung für ihre Angestellten die Summe von 85 Millionen Mark als außerordentliche Zulage bewilligte, hat das Reich für die hunderttausende bedürftiger Witwen, welche das schwerste Opfer im Krieg zu bringen hatten und unter den jetzigen wirtschaftlichen Zuständen am meisten zu leiden haben, nur 100 Millionen Mark übrig. Vom Staat und von den Gemeinden erhält jeder Angestellte ohne Unterschied seines Vermögens und Einkommens eine ganz beträchtliche Zulage; dagegen hat eine Kriegerwitwe Anspruch auf eine Zulage von 600 M. nur im geringsten oder unglücklichsten Fall, wenn sie 4 oder noch mehr Kinder hat. Erwerbsfähige Witwen mit 1 oder 2 Kindern, die oft auf Kosten ihrer Gesundheit bei schlechter Ernährung schwerer Arbeit sich unterziehen, müssen hinter den Erwerbslosen zurückbleiben und sind in der Regel von der Beschäftigungszulage ausgeschlossen. Witwe Härten liegen in den Bestimmungen, daß die in ihrem Gesamtbetrag äußerst dürftige Zulage nicht auf einmal, sondern in monatlichen Raten ausbezahlt werden soll, wodurch ihr eigenlicher Zweck, den Witwen die Beschaffung ihrer Wintervorräte zu ermöglichen, erschwert oder gar verhindert wird. Manche Kriegerwitwe möchte ihren Sohn oder ihre Tochter auch einen richtigen Beruf erlernen lassen und hat für ihr Kind bis zur Vollendung der Lehrzeit einen erheblichen Aufwand zu bestreiten. Es ist, als ob das Reichsministerium solche Witwen dafür, daß sie mit ihren Kindern höher hinaus wollen, mit der Bestimmung strafen wollte, daß für Kriegerväter über das 15. Lebensjahr hinaus keine Beihilfe gegeben werden darf. Wenn Regierung und Nationalversammlung glauben, auch nur die schwerste wirtschaftliche Not unter den Kriegerwitwen mit ihrer Zulage erheblich lindern zu können, so täuschen sie sich. Auch eine Witwe, welche Mutter von 1 oder 2 Kindern ist, bedarf dringend einer Beschäftigungszulage, selbst wenn sie, was verhältnismäßig nur selten der Fall ist, 3000 M. jährlich verdient. Aus den vom Arbeitsministerium des Reichs aufgestellten Grundrissen bekommt man den Eindruck, daß die Reichsregierung über die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Kriegerwitwen sehr im unklaren ist.

Aus der Mitte der Versammlung wurden 4 Frauen aufgestellt,

die zusammen mit Stadtpfarrer Lamparter beauftragt wurden, die geäußerten Wünsche und Beschwerden dem Vorstehenden der sozialen Volkswohlfahrt vorzutragen und alle weiteren geeigneten Schritte zu tun.

## Kehl dauernd von den Franzosen besetzt?

**Karlsruhe, 1. Dez.** Am Gebiet des Badenlopfes Kehl sind in der letzten Zeit die Bestrebungen für einen Anschluß an Frankreich immer lauter geworden. In Kehl wurde eine Versammlung die diesen Anschluß energig vertritt, abgehalten. Es wurde in dieser Versammlung erklärt, daß in aller Zukunft Kehl von den Franzosen zum Schutze von Straßburg besetzt bleiben müsse. Von einer Rückgabe des Gebiets an Deutschland nach 15 Jahren sei nicht zu denken.

## Die Franzosenherrschaft in der Pfalz.

Ueber die bekannte französische Rechtspflege wird aus der Pfalz berichtet: Vom Appellgericht der französischen Armee wurden die städtischen Beamten Johann Gaa und Andreas Schott in Ludwigshafen zu 1000 M. bzw. 200 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie verschiedenen Leuten Gesuche zur Erlangung von Bräutigamsausstellungen. — Wegen Nichtgrühens eines französischen Offiziers wurde der Straßburgerbedienstete Thomas Sevin von Ludwigshafen zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. — Der Sanitätsunteroffizier Walter Groß, der sich in Mannheim auf Urlaub befand, wurde wegen Singens patriotischer Lieder und kriegerischer Reden auf dem Nachhausewege zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. — Petroleum und Benzin, das sie von Franzosen erhalten hatte, verkaufte die Jeanette Gleich von Klingenstein. Sie erhielt zwei Monate Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe. — 20 Tage Gefängnis erhielt Karl Treber in Ludwigshafen, der in einem Briefe die französische Behörde beleidigt haben soll. — Wegen Nichtablieferung eines deutschen Militärgewehrs wurde der 18-jährige Anton Stabenrauch von Sondernheim zu 5000 M. Geldstrafe verurteilt. — Eine Schlägerei zwischen Rülzheimern und französischen Soldaten, die hierbei erhebliche Verletzungen erlitten, land ihre Sühne mit Bestrafung der Rülzheimer Bauern bis zu sechs Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe. — In dem Taunusorte Schneidham bei Königstein unterhalten sich ein 14- und ein 16-jähriger Knabe. Der eine sagt zum andern: Wenn die Franzosen abziehen, werden vorstehenden Mädchen (die im intimen Verkehr mit den französischen Soldaten standen) die Jöpfe abzuschneiden. Dann ist deine Schwester auch dabei, erwidert der andere. Dieser sagt das seinem Vater, der sich sofort an die Franzosen wandte, die den 14-jährigen Jungen sogleich verhafteten, nach Mainz abführten und ihn vor Gericht stellten. Das französische Militärgericht verurteilt den Knaben zu drei Monaten Gefängnis und zu 1000 M. Geldstrafe. Alle Gnadengesuche der Angehörigen blieben erfolglos, selbst als General Mangin bei seinem Abzuge einige Verurteilte amnestierte, blieb der 14-jährige Junge ausgekommen.

## Die Beratung der neuen Steuervorlagen im Reichsrat.

**Berlin, 29. Nov.** Heute wurde in öffentlicher Sitzung des Reichsrats unter dem Vorsitz des Reichsministers Erzberger mit der Plenarberatung der neuen Steuervorlagen (Kapitalertragssteuer, Reichseinkommen- und Landessteuergesetz) begonnen. Der preussische Ministerpräsident Hirsch erklärte, aus politischen Gründen und um in Finanzangelegenheiten keine Differenzen zwischen Reichsrat und Reichsregierung auskommen zu lassen, wenn auch schwerer Herzens auf die Anschlagsbeschlüsse über die Beteiligung der Länder am Ertrag der Kapitalertragssteuer zu verzichten. Die gleiche Erklärung gaben die Vertreter von Württemberg und Baden und Hamburg ab. Der bayerische Gesandte schloß sich einem formalen Protest Preußens an, brachte auch scharfe materielle Einprüche vor. Die Zuständigkeit des Reiches auf kulturellem Gebiete solle hier auf Kosten der Einzelstaaten und Gemeinden erweitert werden.

Gegen das überhastete Tempo in der Entwicklung zum Einheitsstaat bestanden erhebliche Bedenken. Minister Erzberger wies in Erwiderung auf einen Einwurf darauf hin, die Länder und Gemeinden würden zusammenbrechen, wenn die Reichsgesetzgebung nicht durchgeführt werde; denn nur so könnten wir einer finanziellen Gefährdung entgegen gehen. Der sächsische Gesandte stimmte für Sachden dem Gesetze zu, um einen bitter notwendigen Schritt vorwärts nicht aufzuhalten. Ein Vertreter Preußens stellte sich gegenüber der Frage der Entwicklung zum Einheitsstaat für Preußen auf einen dem bayerischen Gesandten gegenüber durchaus abweichenden Standpunkt. In der Gesamtabstimmung wurde das Landessteuergesetz gegen die Stimmen von Baden und Hessen angenommen.

## Reichsminister Koch über Beamtenfragen.

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter von Behörden tagte gestern in Berlin der Verband deutscher Beamtenvereine, der 370 Vereine mit über einer halben Million Mitgliedschaft umfaßt und der sich kürzlich in den Deutschen Beamtenwirtschaftsbund umwandelte. Der Reichsminister des Innern, Koch, überbrachte die Grüße der Reichsregierung und führte aus, man habe der Beam-

tschaft den Vorwurf gemacht, daß sie nach der Revolution auf ihrem Posten geblieben sei. Sie verdiene im Gegenteil deshalb Dank, denn nur dadurch sei eine Katastrophe vermieden worden. Den Beamten dürften ihre alten Rechte nicht verkürzt werden und zu den alten Würden neue kommen müssen. Allerdings dürften die Beamten keine Katastrophenspolitik treiben. Ein Streikrecht, wie bei den Arbeitern, könne es bei der deutschen Beamenschaft nicht geben. Der Betelung der Beamenschaft vorzubeugen, sei die Regierung bemüht. Sie wünsche die Wohnungsfrage energig zu bearbeiten. Aber neben der Hilfe durch Staat und Reich müsse auch die Selbsthilfe einsehen und deshalb begrüße er die Errichtung des Beamtenwirtschaftsbundes. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde neben einer durchgehenden Besoldungsreform die Forderung aufgestellt, daß die Beamten künftig auch als Wirtschaftsorganisation an der Entscheidung aller volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Fragen beteiligt werden.

## Ausland.

**Bregenz, 29. Nov.** Die Parteileitung des Boratiberger Sozialdemokraten erklärt im „Zürcher Volksrecht“ eine Erklärung, daß die Boratiberger Arbeiterchaft aus wirtschaftlichen Gründen dem Anschluß an die Schweiz nicht zustimmen könne. Sie hoffe auf den Anschluß an Deutschland.

**Wien, 1. Dez.** Die Tschecho-Slowakei wird 30 Prozent der österreichisch-ungarischen Schulden, das sind 6 Milliarden, übernehmen. Die Vermögensabgabe in der Tschecho-Slowakei wird 15 Prozent betragen.

**Oslog, 1. Dez.** Lloyd George erklärte im englischen Unterhaus, der Austausch der Ratifikationsurkunde des Friedensvertrages werde sich verzögern, da Schwedens Ratifikation zu überwinden seien, die in einer Verständigung mit Deutschland hinsichtlich der Verwaltung der besetzten Gebiete liegen. Weiter erklärte Lloyd George, daß die Liste der von Deutschland auszuliefernden und unter Anklage gestellten Personen in den nächsten Tagen abgeschlossen sein werde.

**Brüssel, 29. Nov.** Durch einen belgischen Erlass ist eine Kommission eingesetzt worden, die mit dem Oberkommissar die Umwandlung des Regimes der Bezirke von Cuxen und Walmeid nach den belgischen Verwaltungs- und Justizgesetzen durchzuführen soll.

**Paris, 29. Nov.** Clemenceau hat dem neugewählten tschechischen Abgeordneten Tourdain des Parteisekretärs des Arbeitsministers angeboten. — Die Elch-Katholiken des Jahresgangs 1899 werden zu einer fünfmonatigen Dienstzeit ausgehoben.

**Paris, 1. Dez.** Nach Weidungen aus Madrid hat die Bank von Spanien Frankreich einen neuen Handelskredit von 35 Millionen Pesetas bewilligt. Dieser Kredit soll hauptsächlich zu Einkauf von Wein bewilligt werden. — Eine starke republikanische Bewegung soll die rumänische Dynastie bedrohen. Sie dehnt sich besonders in Bessarabien, Siebenbürgen und in der Bukowina aus. Als Führer werden Averescu und Take Jonescu genannt.

**Texas, 29. Nov.** In Mexiko ist der Bürgerkrieg ausgebrochen. Präsident Carranza II aus der Stadt Mexiko geflüchtet. In Washington geht das Gerücht, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko bevorsteht.

## Neue Kosten für Deutschland.

**Oslog, 1. Dez.** Im englischen Unterhaus wurde auf Antrag mitgeteilt, daß die Zahl der deutschen Landfahrer in den süd- und mittelamerikanischen Häfen 44 betragen, und daß diese Schiffe, mit geringen Ausnahmen, so reparaturbedürftig seien, daß sie in diesem Zustande nicht brauchbar sind. Man habe sich deshalb entschlossen, diese Schiffe nach Deutschland zu schleppen und kostenlos durch Deutschland wieder herstellen zu lassen. Dann erst werden die Alliierten sie übernehmen.

## Für die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen.

**Rom, 1. Dez.** Die sozialistische Kammerfraktion nahm in ihrer ersten Fraktionsstimmung einen förmlichen Protest gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich an. In diesem Protest wird die Zurückhaltung eine kulturwidrige, grenzüberschreitende Sklaverei genannt und das Proletariat aller Länder aufgefordert, auf das energigste auf die Befreiung hinzuwirken.

## Die Verteilung der Beute.

**Paris, 1. Dez.** Nach der „Chicago Tribune“ sollen nicht nur die Engländer, sondern auch die Amerikaner auf den Anteil an der deutschen Flotte verzichtet haben. Frankreich und Italien erhalten je fünf leichte Kreuzer und je zehn moderne Torpedoboots. Außerdem sollen Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan je einen Panzerkreuzer, je einen Kreuzer und je ein modernes Torpedoboot und zwar nur als Modell zu Studieren und unter der Zusage erhalten, daß sie später zerstört werden. Was die deutschen U-Boote anbetrifft, so soll Frankreich davon zehn erhalten. Die anderen würden zerstört werden. Das Blatt sagt ferner noch: Die Alliierten würden zweifellos fünf alte Kreuzer vom Typ der „Raspenburg“ verlangen. Der Dreadnought „Baden“ sei Frankreich zugesprochen worden.

# Lekter Zeichnungstag: 3. Dezember 1 Uhr mittags

## Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919





...einen läßt, wenn die ...  
...nimm und wenn der ...  
...fi nahe gekommen ist ...  
...ehr weit entfernt ist ...  
...inzwischen föhliche ...  
...behaltenheitsverordnun ...  
...en?" Ueber dieses ...  
...die amtliche Denkmä ...  
...ist, allerlei ...  
...nen beschäftigen 146 ...  
...mit einem Gehalt von ...  
...kuristen in derselben ...  
...ist zwischen 15- und ...  
...liegen Zahlen vor, ...  
...lassen. So sollen ...  
...verwaltungsamt den ober ...  
...direktor Dr. Weislich ...  
...also ein Briefliches des ...  
...ministerpräsidenten. Auf ...  
...35 000 Mark, 24 000 ...  
...er ...  
...Bemähen und Kunst ...  
...am Samstag mit der ...  
...ihren Abschluß. Die ...  
...wurden stark in die ...  
...wurden 2% Mi ...  
...appette des Ansehens ...  
...von 4400 Mark, die ...  
...gegangenen für die ...  
...ihren Rosenstein und ...  
...stände im Wert von ...  
...sicht vorhanden, daß ...  
...aufswort zu möglich ...  
...des Innern erklärt im ...  
...er unter den Truppen ...  
...Mädeln. Unter An ...  
...zeit wird zum Aus ...  
...behört der Betriebs ...  
...durch den Beschluß ...  
...in allen Bundes ...  
...folge leidet ...  
...ministerium des Innern ...  
...artikularschreiben bet ...  
...Schweiz einreisen ...  
...nicht von der schwe ...  
...Schweiz ausgewiesen ...  
...300 ...  
...am gestrigen Sonntag ...  
...Königspartei, gegen ...  
...erfassung war sehr ...  
...wurde ein Halb ...  
...der neuen Partei ...  
...ständigen Königreich ...  
...der Spitze ...  
...den Grafen Ar ...  
...des Grafen hat ...  
...Anwesenden, ein ...  
...gerer Gestalt und ...  
...st, das durch die ...  
...genommenen Vor ...  
...abhaften und un ...  
...Ein Schmeiche ...  
...in Tische lag und ...  
...appen hervorhaben ...  
...werde des Lumpen ...  
...Niemand lämme ...  
...sien wohl wahr ...  
...en andern T ...  
...ht, dem Ange ...  
...der Richtung, von ...  
...am Mann, als wolle ...  
...sehen und gehört ...  
...Verwunderung an ...  
...ut zu erwidern, ge ...  
...olgen mit laute ...  
...ump daher. Das ...  
...hden lassen un ...  
...hohen flog ein ...  
...chte Kopf und Ge ...  
...die aufgestemmt ...  
...war, als kämpfte ...  
...sch entfernen und ...  
...elben zur Abwe ...  
...nicht mit einem ...  
...e ihm gewahr ...  
...schweigenden Aus ...  
...rtung folgt)

**Holland, 2. Dez.** Ein Bericht „Sera“ über die Eröffnung der Kammer beschäftigt sich mit der von den Sozialisten erzwungenen Haltung. Kaum hatte der König die „Sera“ betreten, als die Sozialisten ausriefen: „Es lebe der Sozialismus!“ die Arbeiterhymne anstimmten und gleichzeitig den Sozialisten die Hand drückten. Die Kundgebung wurde von dem Bruder des Direktors des „Krant“, dem in Genoa gewählten Deputierten Serat, geleitet. Alle anderen anwesenden Deputierten begrüßten den König unter enthusiastischen Zurufen, wobei die sozialistischen Kundgebungen erstarrten. Einige Minuten später konnte der König seine Rede begeben.

**Berlin, 2. Dez.** In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ liest man, daß die deutsche Auffassung in der Frage der Ablieferung der gerade die Engländer verstimmt habe, könne nicht überlassen werden. Sie hätten sich von ihren Verbündeten den Vorwurf gefallen lassen müssen, die allernotwendigsten Vorsichtsmaßnahmen zur Abwendung der deutschen Schiffe außer acht gelassen zu haben. Daß aber für die Haltung der deutschen Regierung, die damit nur die berechtigten Interessen des Landes schützen wolle, die Beziehung „Unerschämtheit“ sich leisteten, beweise, wie weit wir noch vom Loge entfernt seien, der led Welt im Weltkrieg vereinigt sei.

**Berlin, 1. Dez.** Gegen die Verschleuderung der deutschen Auswanderer durch die Reichsregierung deutscher Industrieller, die Schweiz habe die Einfuhr billiger deutscher Möbel bereits verboten, gegen die Schweiz wolle zu Einfuhrverboten die Gefahr ausländischer Einfuhrverbote nur dann abwenden, wenn sie sich allenfalls entschließen, ihre Einfuhrpreise an den Stand der ausländischen Preise heranzuhängen.

**Berlin, 1. Dez.** Der Rationalisationskongress ist ein Antrag auf Einführung eines Generalpardons für „Steueränderer“ zugunsten.

**Berlin, 1. Dez.** Nach einer Mitteilung aus Rom sind sämtliche aus Anlaß der Diktatorie dort festgehaltenen oder eingekerkerten deutschen Schiffe nunmehr freigegeben worden.

**Hamburg, 1. Dez.** Auf der Vorkonferenz wurde allen Arbeitgebern ein Bescheidungsrecht über die von Arbeitnehmern eingeklagten Streitigkeiten verliehen.

**Amst., 2. Dez.** Generalfeldmarschall v. Radenien traf auf der Fahrt nach Deutschland im Bahnhof Litz ein. Abordnungen des holländischen Volksbundes und oberösterreichischen Bauernschaft waren zum Empfang erschienen. Landeshauptmann-Stellvertreter Radenien hielt eine Begrüßungsansprache, auf die von Radenien mit herzlichem Dank geantwortet wurde. Nach kurzem Aufenthalt sollte der Zug unter den Klängen des Liedes „Wenn alle untren werden“ nach Paris weiterfahren.

**Kopenhagen, 1. Dez.** In einer stark besuchten Volksversammlung sprachen gestern 3 Minister über die nordischeswische Frage. Der Minister des Innern, Rohde, betonte, er wolle die künftigen Verhandlungen nach nationalem Gesichtspunkte zu sehen, um keine fremden Elemente an der Grenze zu bekommen. Minister Danch betonte das Selbstbestimmungsrecht der Völker in die erste Linie der Verhandlung, daß vermieden werden müsse, deutsche Ansprüche in Dänemark einzuwerfen.

**Maßnahmen zur Kohlenersparnis.**  
Das Arbeitsministerium hat unterm 21. ds. Mts. —  
Ansatz. Nr. 260 — u. a. folgendes verfügt:  
1. In Gewerbebetrieben ist die Arbeitszeit unter genauer Beachtung der Einzelzustellungen an Gas und Elektrizität zu einzurichten, daß an Brennstoffen möglichst gespart wird. Die Einführung der Durcharbeitszeit in Gewerbebetrieben bleibt der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. deren Verbänden überlassen; soweit sich die Einführung der Durcharbeitszeit der Eisenbahnbahn berührt wird, ist eine vorherige Verständigung mit der Eisenbahnverwaltung unerlässlich.  
2. Befondere Bestimmungen hinsichtlich der Arbeitszeit sind:  
a) für das Bäckerei- und Konditoreigewerbe: die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien am 23. Nov. 1918 (Reichs-Ges. Blatt S. 1329).  
b) für Freizeugschäfte: Der Betrieb der Freizeugschäfte und die Beschäftigung des hierbei verwendeten Personals wird unbeschadet der Bestimmungen über den Achtstundentag in der Zeit von 8 Uhr vorm. bis 7 Uhr abends, an den Sonntagen vor Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr abends, gestattet. Die Verfügung des Arbeitsministeriums betreffend die Arbeitszeit in den Freizeugschäften vom 30. Mai 1919 (Staatsanzeiger Nr. 121) wird aufgehoben.  
3. Die Arbeitszeit für nichtbehördliche Büros, Kanzleien, Schulen usw. wird auf 8 1/2 vorm. bis 4 1/2 Uhr abends festgesetzt. Auf Büros, die zu einem Industrie- oder Gewerbebetrieb oder zu einem offenen Ladengeschäft gehören, finden die für Gewerbebetriebe bzw. Ladengeschäfte geltenden Bestimmungen Anwendung. Die Gemeindebehörden werden ermächtigt, die Arbeitszeit für Schulen nach Anweisung der Schulbehörden und der Vertrauensmänner für Gas und Elektrizität, soweit diese Brennstoffe in Frage kommen, anderweitig zu regeln.  
4. Ausnahmen von den Vorschriften Ziff. 2 und 3 können durch das Landesbrennstoffamt (Stuttgart, Alter Schloßplatz 4) bewilligt werden.  
II.  
Die Bestimmungen in I treten am 25. November 1919 in Kraft. Verstöße gegen die Bestimmungen in I 2-3 sind nach Maßgabe der Bundesratsverordnung über wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. 1292) strafbar.  
Die Verfügung des Arbeitsministeriums vom 5. Mai 1919 betr. Maßnahmen zur Kohlenersparnis (Staatsanzeiger Nr. 100) wird aufgehoben.  
III.  
Auf die Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1918/26. Mai 1917 betr. die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln wird erneut hingewiesen und zwar besonders auf § 4. Die Beleuchtung der Schaufenster, der Kassen und der sonstigen zum Verkauf an das Publikum bestimmten Räume ist auf das unbedingt erforderliche Maß einzuschränken. Das gleiche gilt für Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Ausstellungen stattfinden, sowie für öffentliche Vergnügensstätten aller Art. Die Polizeibehörden sind berechtigt, die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

**Holland, 2. Dez.** Ein Bericht „Sera“ über die Eröffnung der Kammer beschäftigt sich mit der von den Sozialisten erzwungenen Haltung. Kaum hatte der König die „Sera“ betreten, als die Sozialisten ausriefen: „Es lebe der Sozialismus!“ die Arbeiterhymne anstimmten und gleichzeitig den Sozialisten die Hand drückten. Die Kundgebung wurde von dem Bruder des Direktors des „Krant“, dem in Genoa gewählten Deputierten Serat, geleitet. Alle anderen anwesenden Deputierten begrüßten den König unter enthusiastischen Zurufen, wobei die sozialistischen Kundgebungen erstarrten. Einige Minuten später konnte der König seine Rede begeben.

**Zeichnungsverlängerung der Deutschen Sparprämien-Anleihe.**  
Berlin, 1. Dez. Da infolge der Verkehrsperre die rechtzeitige Weiterleitung des Zeichnungsmaterials sich in allen Gegenden Deutschlands verzögert hat — die Zeichnungen lagen z. T. noch auf den Berliner Postämtern, wo sie sich angestaut haben — ist die Zeichnungsfrist für die deutsche Sparprämien-Anleihe bis zum 10. Dezember 1919 verlängert worden. Der Termin für die volle Begleichung der den Zeichnern zugeleiteten Beträge ist infolgedessen ebenfalls hinausgeschoben worden und zwar bis 8. Januar 1920. Obgleich der Zinsenlauf der Sparprämienanleihe 1919 vom 1. Januar 1920 ab beginnt, bedarf es einer Zinsvergütung seitens der Zeichner für die zugeleiteten Beträge nicht, wenn die Vollzahlung bis zum 8. Januar 1920 geschieht. Für Zahlungen, die nach dem 8. Januar erfolgen sollten, sind 5 Prozent Zinsen vom 1. Januar 1920 bis zum Zahlungstage zu vergüten. Die Begleichung ist an derselben Stelle zu bewirken, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

**Der Streik in Bitterfeld vor dem Ende.**  
Ueber die Verhandlungen in Bitterfeld, die gestern Nachmittag und Abend fortgesetzt wurden, weiß der „Vorwärts“ zu berichten, daß die Arbeitervertreter sich damit einverstanden erklärten, daß vier Kollegen, denen schwere Gewalttaten nachgewiesen worden sind, nicht wieder eingestellt werden und daß diejenigen Kollegen, gegen die wegen Anwendung von Gewalt strafrechtlich vorgegangen und die verurteilt worden, ebenfalls außerhalb der Betriebe zu bleiben haben. Die Unternehmervertreter haben sich dagegen verpflichtet, diejenigen Arbeiter, die in den kommenden Tagen freigesprochen werden, sobald wieder einzustellen. Die Verhandlungen über die übrigen Punkte werden heute weiter geführt.

**Parteilag der D. S. P.**  
Dessau, 1. Dez. Nach dem Geschäftsbericht. Dittmann hat die Partei jetzt etwa 4 Millionen Mitglieder. Die Zahl der Parteimitglieder hat sich seit März auf 55 Tageszeitungen verdoppelt. Eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, meinte der Redner, sei zu erwägen. Eine der vornehmsten Aufgaben der Partei müsse die Bildungsfrage sein. Die sozialistische Internationale sei der Vertreter der Partei in allen politischen Kämpfen des Jahres 1919 gewesen. Redner kritisierte die Politik der Regierung und richtete hauptsächlich die Unterführungen von Tötungen von Parteimitgliedern schwere Anklagen gegen die Justizbehörden und betonte schließlich, daß heute die Frage nicht sei: bürgerliche Demokratie oder Diktatur des Proletariats, sondern: kapitalistische Diktatur oder proletarische Diktatur. Den Bericht der Kontrollkommission erstattete Bock-Gotha. Die Aussprache drehte sich hauptsächlich um Agitation und Pflege der Volksbildung; aber auch die Frage einer Einigung mit den Reichssozialisten wurde bereits gestreift. Fast alle Redner betonten, daß sie nur auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes möglich sei.

**Belgisches Fehmgericht.**  
Brüssel, 1. Dez. Von den 93 Mitgliedern des Rates von Flandern sind sieben in die Hand der belgischen Justiz gefallen und zum Teil verurteilt; zum Teil erwarten sie noch ihre Aburteilung. Die anderen sind geflüchtet. Sie sollen nunmehr in contumaciam vor dem Schwurgericht in Brüssel abgeurteilt werden und zwar in drei Parteien. Zunächst werden die, die dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg in Berlin einen Besuch abgestattet haben, dann die, die Stellungen angenommen haben, die von den Deutschen bezahlt wurden, und schließlich die abgeurteilt werden, die nur Mitglieder des Rates waren.

**Die Antwort der Alliierten.**  
Paris, 1. Dez. Auf die bevorstehende deutsche Antwort wird der Rat der Alliierten keine Bedingungen an Deutschland formulieren und Deutschland die endgültige Annahme oder Ablehnung anheimstellen. Die „Times“ melden aus Paris: Hier erwartet man keine weiteren Verhandlungen mit Deutschland. Eine Voraussetzung meidet, daß die Antwort der Alliierten an Deutschland am Mittwoch abgeht.

**Antimonarchische Bewegung in Spanien.**  
Madrid, 1. Dez. Die sehr strenge Art, mit der die spanische Regierung die Streikbewegung niederzudrücken glaubte, bringt die Arbeitermassen allmählich ganz auf die Seite der Radikalen und wird Veranlassung zu einer Landesbewegung, die die Monarchie in Gefahr zu bringen droht. Der Bäckereistreik, den die Regierung in Madrid durch Zwangsmaßnahmen beigelegt hatte, indem sie alle Bäckereibetriebe in staatliche Verwaltung genommen hat, hat sich auf die Provinz ausgedehnt, weil die Regierung die Arbeiterführer verhaften ließ. Sehr nimmt die ganze Bewegung bereits einen antimonarchischen Charakter an.

**Madrid, 1. Dez.** Das Blatt „El Sol“ teilt mit, daß der spanische Thronfolger Antonio d'Orleans mit einem vom 30. November datierten Schriftstück auf den Titel eines Thronfolgers von Spanien und auf alle mit diesem Titel zusammenhängenden Privilegien verzichtet hat. Mit dem gleichen Dokument verzichtet der Prinz ebenfalls auf die spanische Nationalität und auf alle der Königsfamilie gemeinsam gehörenden Güter. Das Schriftstück ist von zwei hohen holländischen Persönlichkeiten in ihrer Eigenschaft als Zeugen gegenzeichnet.

**Neue Bestellungen**  
auf den täglich erscheinenden „Euzidler“ werden fortwährend von allen Postanstalten und unseren Austrägern entgegengenommen.

**Handwerkskammer Reutlingen.**  
**Meisterprüfung.**  
Im Laufe dieses Winters finden am Sitz der Handwerkskammer wieder Meisterprüfungen in sämtlichen Gewerben statt.  
Den Prüfungen gehen nach Bedarf freiwillige Vorbereitungskurse in Buchführung, Kalkulation, Wechselkunde, Gewerbebuch und Gesellschafter voraus. Das Unterrichtsgeld beträgt 15 Mk. Voraussetzlich werden auch diesmal wieder von den gewerblichen Vereinigungen der einzelnen Oberamtsbezirke Vorbereitungskurse, die von der Handwerkskammer und der Zentralstelle für Gewerbe und Handel finanziell unterstützt werden, abgehalten. Anmeldungen zur Prüfung, wozu Formulare unentgeltlich von der Geschäftsstelle der Kammer bezogen werden können, sind mit Nachweis (Zeugnis oder amtliche Bescheinigung) über das Bestehen der Gesellenprüfung und einer mindestens 4-jährigen Gesellenzeit, sowie mit der Angabe, ob ein Vorbereitungskurs besucht werden will, spätestens bis zum 5. Dezember 1919 an die Handwerkskammer Reutlingen einzureichen. Mit der Anmeldung ist die Prüfungsgebühr von 30 Mk. und im Falle des Nichtbestehens weitere 15 Mk., zusammen also 45 Mk., auf unser Postcheckkonto Nr. 847, einzubehalten. Die Prüfungstermine selbst können erst festgesetzt werden, wenn alle Anmeldungen vorliegen.  
Reutlingen, den 19. Nov. 1919.  
**Der Vorstand der Handwerkskammer:**  
Vorstandender: Syndikus:  
K. Vollmer. R. Hermann.

**Zahnpraxis Schömburg**  
Liebenzellerstr. 167.  
Sprechstunden:  
Werktag von 9-12 und 2-5 Uhr.  
Streng gewissenhafte Behandlung.

**Für Wirtschaften!**  
1 Speise-Glasanfang mit Eisbehälter für Büffet, 1 schöner Kalliope-Spielautomat mit 14 Platten, 1 Würfeloje mit Auszug, 42 Platten, 1 Kontrollkassette preiswert zu verkaufen.  
Schöttle, An- und Verkaufsgeschäft,  
Pforzheim, Dillheimerstr. 18, Tel. 2165.  
Formulare jeder Art sind vorrätig in der G. Nech'schen Buchdruckerei.

Neuenbürg.  
Sonntag, den 7. Dezember, abends 5 Uhr, im  
Saale zum „Anker“

## Aufführung „Die Dorfmusikanten“

Volkstück mit Gesang, Spiel und Tanz  
in 3 Akten von H. Söhren.  
Mitwirkende 46 Personen.  
Eintritt 2 Mk. und 2.50 Mk. auschl. Steuer.

## Baubund-Möbel

vereinen sämtliche Vorzüge  
in sich, die der Käufer heute  
an Möbel stellen muß.  
**Günstige Zahlungsbedingungen.**  
Besichtigung 10-12 und 2-5 Uhr.  
**Verkaufsstelle Pforzheim,**  
Gewerbeschule, Emma Jägerstraße Nr. 21.

er sich wenden soll, um sich in den Besitz eines wirklich guten **Musikinstrumentes** zu setzen, der wende sich an die seit 1876 eingeführte, als reell und billig liefernde Firma



**Carl Sattler,**  
Pforzheim, Westliche 30,  
Telefon 1782 und 1210  
(Eingang Barfüßergasse),  
wo er die denkbar größte  
Auswahl sämtlicher Musikinstrumente und deren Bestandteile  
findet. Größte Werkstätte für Fabrikation und Reparaturen.  
**Eigene Geigen- und Lautenmacherei. Fabrikation  
von Blasinstrumenten. Stimminstitut. Großlager  
in Sprechapparaten. Musikalienverlag. Ankauf,  
Tausch, Versand. Katalog gratis.**  
Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

er sich wenden soll, um sich in den Besitz eines wirklich guten Musikinstrumentes zu setzen, der wende sich an die seit 1876 eingeführte, als reell und billig liefernde Firma

## Haushaltungs-

Washmaschinen mit und ohne Ofen,  
Waschkessel,  
Wringmaschinen,  
Fleischhackmaschinen und  
Butterfässer  
empfiehlt  
**Georg Wadenhuth, Calw, Biergasse.**  
Telefon Nr. 142.



## Brennholz

jeder Art und Menge, auch Sägmehl,  
kauft waggonweise gegen Kasse.  
**Julius Ulrich, Holzgroßhdlg., Stuttgart**  
Tel. 3273. Forststraße 102 A und B

## Christbäume

kauft waggonweise jedes Quantum und bittet um  
genaue Gilofferte nebst Angabe des Lieferungsstermins.  
**G. Bihlmeyer,**  
Feuerbach-Stuttgart.  
Offerten aus dem Neuenbürg. Oberamt wollen bei  
meinem dortigen Vertreter, Herrn **Christian Strobel,**  
Gemeinderat in **Calmbach,** O.A. Neuenbürg, eingereicht  
werden.

Oberamtshaus Neuenbürg.  
**Margarine-Verkauf.**  
Am **Mittwoch,** den 3. Dez.  
8 1/2 Uhr vorm. an Nr. 1-90,  
9 Uhr vorm. an Nr. 91-180,  
9 1/2 U. vorm. an Nr. 181-270,  
10 U. vorm. an Nr. 271-360,  
10 1/2 U. vor. an Nr. 361-450,  
11 U. vorm. an Nr. 451-540,  
11 1/2 U. vor. an Nr. 541-630,  
2 Uhr nachm. an Nr. 631-720,  
2 1/2 Uhr nachm. an Nr. 721  
bis zum Schluß.  
Städt. Lebensmittelstelle:  
J. A.: Klinz.

Oberamtshaus Neuenbürg.  
Ein Teil der **Käsemarke**  
14 kann bei Firma Pfann-  
schuch u. Co. gegen  
**125 g Hartkäse**  
eingelöst werden.  
Städt. Lebensmittelstelle:  
J. A.: Klinz.

Neuenbürg.  
**la. Parkettwiche,**  
**Bodenöl,**  
**Bürstenwaren**  
(Friedens-Qualität) empfiehlt  
**Carl Nahler.**

Zu verkaufen:  
**1 Offiziersmantel**  
(Friedensstoff), 1 Paar  
**Zugstiefel,**  
Größe 41, 1 neue schwarze  
**Frauenjackett,**  
Größe 46, evtl. gleicher Stoff  
zu Rock, sowie 1 älterer gut-  
erhaltenener wollener

**Mantel.**  
Zu erfragen in der Eng-  
täleregeschäftsstelle.  
Gebrauchtes  
**Stehpult**  
zu verkaufen.  
Zu erfragen bei der Eng-  
täleregeschäftsstelle.

Neuenbürg.  
Ein Paar neue  
**Kavallerie-  
Stiefel,**  
Größe 29, sind zu verkaufen.  
Anzusehen Montag und Dienst-  
tag bei  
**Karl Koch, Wildbaderstr. 195.**

Herrenalb.  
Ein zweites junges, fleißiges  
**Mädchen**  
für Haus und Zimmerdienst  
sofort gesucht.  
**Walderziehungsheim u.  
Haushaltungsschule  
Falkenburg.**

Gesucht ein jüngeres  
**Mädchen**  
für Küche und Haushalt bei  
gutem Lohn.  
Restauration z. **Karlsburg,**  
Pforzheim, Salierstr. Nr. 39

**Bodenöl,**  
la. Qualität, M 2.80 pr. Ltr.  
**Schmierseife,**  
la. Qualität, M 1.75 pr. Pfd.  
**Staab, Liebenzell.**

**Gingefand.**  
Die unterzeichneten seitberig-  
gen Mitglieder des Kirchengen-  
meinderats danken bestens  
für das ihnen bisher geschenkte  
Vertrauen, müssen aber infolge  
hohen Alters auf eine  
**Widerwahl verzichten.**  
Neuenbürg, 1. Dez. 1919.  
Dipp.  
Winter.  
Meyer.

Der  
**Kriegerverein II  
Neuenbürg**  
verkauft am **Mittwoch,** den  
3. Dez. mittags 1/2 Uhr im  
Gasthof z. „Gären“ an den  
Reisbittenden:  
**1 Fahnenkasten**  
Außenmaße: Höhe 2,85 m,  
Breite 2,20 m, Tiefe 32 cm.  
Der Kasten ist wie neu, hat  
2 große Gläser und eignet  
sich auch als Waren-, Aktien-  
oder Wäschekasten.  
J. A.: Der Vorstand:  
Nahler.

Wildbad.  
Echter Nordhäuser  
**Kautabak**  
(schwarz)  
ist bei uns wieder ein-  
getroffen. Abgabe in  
Päckchen à 100 Stück an  
Wiederverkäufer.  
**Ch. Schmid & Sohn,**  
Tabakwarengroßhdlg.

Calmbach.  
**100 Mk. Belohnung**  
erhält derjenige, der mir sichere  
Anhaltspunkte über den Ver-  
bleib der mir vor einigen  
Tagen abhanden gekommenen  
2 **Pferdedecken,** grau, mit  
roten Buchstaben L. B., geben  
kann.  
**Louis Barth, Sägemerk.**

**Heirat.**  
Witwer, 44 Jahre alt, Ar-  
beiter, mit drei erwachsenen  
Kindern, wünscht auf diesem  
Wege mit einem  
**Fräulein**  
oder **Witwe,** von 30-40  
Jahren, mit einem Kind, vom  
Lande bekannt zu werden,  
zwecks baldiger Heirat.  
Angebote unter Nr. 50 an  
die Engtäleregeschäftsstelle.

**Stimmzettel**  
zur Kirchengemeinderatswahl  
liefert raschestens  
**Ch. Meesch'sche Buchdruckerei,**  
Jnh. D. Strom.

Birkenfeld.  
**Altes Gold  
und Silber**  
kauft zu den höchsten Preisen  
**August Gehrig,**  
Dietlingerstraße.

**Wer bar Geld**  
braucht auf Schuldschein,  
Wechsel, Möbel etc. schreibe  
sofort. Ratenschuldhaltung.  
**Postfach 4, Oberürkheim.**

**Rapportbücher**  
für Bauhandwerker  
sind vorrätig in der  
**Ch. Meesch'schen Buchdruckerei,**  
Jnh. D. Strom.

**Dresdner Bank**  
Aktienkapital und Reserven  
M 340 Millionen  
**Stuttgart Cannstatt**  
**Heilbronn Ulm**

**Militär-Verein Herrenalb.**  
**Einladung.**  
Am **Sonntag,** den 7. Dezember, nachm. 2 Uhr  
findet im Hotel zum Deutschen Hof  
**Generalversammlung**  
statt, wozu sämtliche Kameraden eingeladen sind. Krieg-  
steilnehmer und zurückgekehrte Kriegsgefangene sind herzlich  
willkommen.  
**Tagesordnung:**  
1. Bekanntgabe des Protokolls der letzten Versammlung  
2. Uebergabe von Diplomen an 5 Kameraden für  
25jährige Vereinszugehörigkeit.  
3. Aufnahme von Mitgliedern.  
4. Anträge aus der Mitte der Versammlung.  
**Der Vorstand.**

**Blau Pilot-Arbeitsanzüge**  
alle Größen à M. 75.—  
**Schwere**  
**Winter-Loden-Joppen**  
von M. 38.— bis M. 75.—  
**Ph. Bosch, Wildbad**  
Telefon 82.

**Der treue Ernährer**  
des Lederzeuges ist und bleibt  
**Dr. Gentner's Oelwachslederputz**  
**Nigrin**  
Keine Wassercreme — nur aus Öl  
und Wachs bestehend — gefriert nicht  
verdirbt und durchrostet die Leder-  
nicht, gibt auch wasser- und wetter-  
festen Hochglanz.  
**Nur handdünn  
mit Lappen auftragen.**



Conweiler.  
Eine gute  
**Ruß- und  
Fahrbuh,**  
25 Wochen trächtig, hat zu  
verlaufen  
**Friedrich Walz, Wagner.**

Gräfenhausen.  
Eine 32 Wochen trächtige  
schwere  
**Kalbkuh,**  
gut im Zug  
verkauft  
**Friedrich Hermann.**



Schwann.  
Zwei schöne halbjährige  
**Rinder**  
fehlt dem  
Verkauf aus  
**Thella Wild, Witwe.**



Schönbürg.  
Eine starke  
**Ab- u.  
Fahrbuh**  
hat zu verkaufen  
**M. Pfrommer, Böhle.**



**Guterhaltenes  
Piano**  
od. Flügel aus Privat-  
hand zu kaufen gesucht.  
Angebote unter Chiffre  
S. P. 1473 an **Ru-  
dolf Mosse, Stuttgart**  
erbeten.

**okomobile**  
fahrbar o. stat., bis 12 ps  
Höchst. evtl. auch mit  
**Dresdner Maschine**  
kauft gegen Kassa  
**Maschinenfabrik Stieber,**  
Kemberg (Oberpfalz).

**Ämtliche Kurse**  
mitgeteilt von der Bankfirma **Baer & Coend,** Karlsruhe i. B.

5 Proz. Kriegsanleihe	77 1/2	Allgem. U. Kt.	240
5 " Bod. Eisen. Anl.	78	Bad. Eisen. Anl.	121 1/2
4 " do. cons.	88	Bad. Lloyd Akt.	124 1/2
4 " Bayern	70	Bad. Anilin u. Soda Akt.	484 1/2
4 " Württemberger	78	Deutsche Kali-Akt.	232

Devisen Schweiz 100 Francs = M 775  
Holland 100 Gulden = M 1625

Das G...  
Steuer...  
Das d...  
ordnungen...  
Grund...  
Steuern...  
aus...  
Ländern...  
trich...  
steuern...  
find...  
der...  
Gemein...  
Die...  
Grund...  
haben...  
ausgest...  
nähere...  
Bergm...  
Die...  
kommen...  
Reich...  
Anteile...  
zu bet...  
Es...  
sche...  
lung...  
Berli...  
woch...  
mit...